

Forderungspapier der Klima-Allianz

Keine Vertagung des Klimaschutzes in Kopenhagen!

Die Menschheit steht vor einer ihrer größten Herausforderungen: der Abwendung eines unkontrollierbaren Klimawandels. Aus umwelt-, wirtschafts- und entwicklungspolitischen Gründen muss daher ein ambitioniertes und faires Klimaabkommen bei der UN-Klimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen verabschiedet werden.

Forderungen an die deutsche Regierung

- Noch **aktivere Führungsrolle** der Bundesregierung in den Vorverhandlungen
- **Finanzielle Unterstützung der Entwicklungsländer** mit mindestens 7 Mrd. Euro pro Jahr im Durchschnitt für die Jahre 2013 bis 2020 für deren klimafreundliche Entwicklung und Anpassung an die nicht mehr vermeidbaren Folgen des Klimawandels, sowie den fairen Anteil an einer Kurzfristfinanzierung (2010-2012) von 10 Mrd. Euro jährlich durch die Industrieländer.
- **Zusätzliche Bereitstellung dieser Finanzen** zur Entwicklungshilfe, damit entwicklungspolitische Kernaufgaben weiterhin vorgenommen werden können.
- **Reduzierung der Treibhausgase in Deutschland um 40%**, dazu:
 1. *Verabschiedung eines Klimaschutzgesetzes.*
 2. *Nachbesserungen der bestehenden „Klimapakete 1 und 2“.*
 3. *Erlass eines sofortigen Moratoriums für neue Kohlekraftwerke.*
 4. *Vollzug der Treibhausgasminderung im eigenen Land und nicht mittels Projekten im Ausland (Clean-Development-Mechanism).*
 5. *Abbau klimaschädlicher Subventionen.*
 6. *Verabschiedung eines Energieeffizienzgesetzes, das nicht auf Freiwilligkeit sondern auf verpflichtenden Vorgaben für die Industrie basiert.*

Forderungen an die internationale Staatengemeinschaft

- **Einigung auf ein rechtlich verbindliches, ausreichend ambitioniertes und global gerechtes Klimaschutzabkommen mit allen dafür nötigen Elementen, orientiert an der Vorgabe der Wissenschaft, die globale Erwärmung in diesem Jahrhundert unter 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu halten.** Wenn der Gipfel im Dezember doch hinter diesem Ziel zurückbleibt, muss um ein Scheitern zu verhindern, bis spätestens Mitte 2010 ein solch völkerrechtlich bindender Vertrag vorgelegt werden.
- **Festlegung der Industrieländer auf Reduktionsziele für Treibhausgase**, die den Erkenntnissen der Klimawissenschaft entsprechen: bis 2020 um mindestens 40% (gegenüber 1990) und bis 2050 um mindestens 95%.
- **Realisierung der Treibhausgasreduzierung im eigenen Land:** Ein Freikaufen von nationalen Verpflichtungen durch Projekte im Ausland (Clean-Development-Mechanism) sorgt nur für eine Verzögerung notwendiger Maßnahmen. Die Kernenergie muss aus den Klimaverhandlungen rausgehalten werden, da sie

effektiven Klimaschutz verhindert, besonders aus den finanziellen Mechanismen (derzeit JI und CDM) und dem Technologietransfer.

- **Erhöhung des Reduktionsziels der Europäischen Union** auf mindestens 30% bis 2020 ohne Bedingungen an ein internationales Abkommen. Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen muss die EU eine Reduktion von mindestens 40% bis 2020 anstreben.
- **Bereitstellung von Finanzen** zur Emissionsminderung, technologische Kooperation und Innovation, Anpassung sowie zum Waldschutz für die Entwicklungsländer in Höhe von jährlich 110 Mrd. Euro, die zusätzlich zur Offiziellen Entwicklungshilfe (ODA) aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt werden müssen.
- **Reformierung der Clean-Development-Mechanism (CDM).** Untersuchungen der ersten Handelsperiode des Emissionshandels haben ergeben, dass sich CDM-Projekte nur auf wenige Länder – vor allem Schwellen- und kaum Entwicklungsländer – konzentriert haben. Außerdem trug CDM kaum zur gewünschten, globalen CO₂-Reduzierung bei.
- **Keine Waldzertifikate in den Emissionsmarkt:** Sollten massenhaft Waldzertifikate den internationalen Klimazertifikatehandel überschwemmen, droht eine Verfehlung der Klimaziele. Waldschutz ist nicht handelbar.
- **Sofortige Anpassungsmaßnahmen:** Ein Rahmen für sofortige Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel, inklusive der Bereitstellung von Versicherungen und Kompensationszahlungen, muss insbesondere für die meist gefährdeten Länder und Ökosysteme beschlossen werden.
- **Neue Institution:** Eine neue institutionelle Einrichtung unter der UNFCCC muss geschaffen werden, zur Koordination, Implementierung and Verteilung der Finanzierung. Wichtig ist dass dies auf transparente und demokratische Weise erfolgt.
- **Kurzfristige Finanzierung** für besonders dringende Anpassungsmaßnahmen, Waldschutz und die Ausarbeitung klimafreundlicher Entwicklungsstrategien in Entwicklungsländern von etwa 10 Mrd. Euro jährlich, finanziert durch Beiträge der Industrieländer; diese Anschubfinanzierung darf auf keinen Fall an die Stelle verbindlicher und verlässlicher Mechanismen für die längerfristige Finanzierung treten und auch nicht zur Umwidmung von Entwicklungshilfemitteln führen.